

---

# Literaturbericht

---

## Konzepte, Gutachten und Studien zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

### Neuere, ausgewählte Literatur zur beruflichen Bildung und Berufsbildungsreform (Teil II) \*

#### 2. Berufsbildungsreform<sup>2</sup>

Die von C. Offe vorgelegte Fallstudie ist aus theoretischen Vorarbeiten hervorgegangen die im Rahmen einer Projektgruppe des Max-Planck-Instituts in Starnberg unternommen wurden. Am Beispiel des Politikverlaufs der Reform der Berufsausbildung sollen allgemeine Strukturen der Politikentwicklung und Regelmäßigkeit aufgedeckt werden, die konstitutiv für Reformpolitik zu sein scheinen. Es geht um die Analyse von Prozesse, die innerhalb eines kapitalistischen Staates „Organisationsleistungen manifest unzulänglich und inkonsistent machen und somit zum Anlaß von Anstrengungen werden, einen Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens, die berufliche Bildung, neu zu verfassen" (S. 19). Auf der Grundlage des ausführlich begründeten politisch-methodischen (staatlichen) Konzepts der „Integration" als Kriterium für einen Gesetzgebungsprozeß, wird in Kapitel II der Gesetzgebungszustand bis zur Verabschiedung des BBiG im Jahre 1969, „verbunden mit der für Deutschland spezifischen ‚dualen‘ Struktur der Berufsbildung" (S. 52) analysiert. Es wird gezeigt, daß der Entscheidungsprozeß über das BBiG deutlich durch die Technik der Konfliktvermeidung geprägt wurde. So „wurde die (Gesetzes-)Vorlage in der zweiten Bundestags-Lesung am 11. Juni 1969 nochmals durch Eliminierungen von Regelungen ‚herunterkoordiniert‘, die mit den Interessen der mittelstandspolitisch engagierten Sprechern von CDU/CSU in Konflikt standen. Insgesamt wurde die Entstehung des Gesetzes von der Technik des Ausklammerns von Informationen und Themen (. . .)

---

\* Teil I: Heft 9/75, S. 580 ff.

<sup>2</sup> Claus Offe, Berufsbildungsreform — Eine Fallstudie über Reformpolitik —, edition suhrkamp Nr. 761, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1975, 328 Seiten, DM 10,—.  
Reinhard Crusius / Wolfgang Lempert / Manfred Wilke (Hrsg.): Berufsausbildung — Reformpolitik in der Sackgasse?, rororo aktuell Nr. 1768, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1974, 222 Seiten, DM 5,80.  
Struktur der Finanzierung der Aus- und Weiterbildung (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 11) von Ullrich Boehm, Gisela Dybowski, Hedwig Rudolph unter der Projektleitung von Prof. Dr. Friedrich Edding, Verlag Otto Schwarz & Co., Göttingen 1974, 174 Seiten, kart. DM 23,50.  
Peter Pulte / Karl Heinz Verbrücken (Hrsg.), Berufliche Bildung. 39 Modelle, Meinungen und Entwürfe zu einem Reformvorhaben, Heggen Verlag, Opladen 1974, Heggen Dokumentation 4, 344 Seiten, DM 12,—.  
Wolfgang Dietrich Winterhager, Reform der Berufsausbildung. Aktuelle Programme und Initiativen von Bundesregierung, Sozialpartnern und Wissenschaftlern. Walter de Gruyter Verlag, Berlin 1974, 208 Seiten, DM 14,80.  
Berufsbildungsgesetz mit Erläuterungen, Einführung, ergänzenden Vorschriften und Sachverzeichnis. Bearbeitet von Klaus Müller, Heggen Verlag, Opladen 1974, 3. überarbeitete Auflage, 146 Seiten, kart. DM 12,—.

bestimmt, die zu Kontroversen hätten führen können" (S. 58). Die Verlaufsmuster der vergangenen wie der gegenwärtigen „Berufsbildungsreform“ unterscheiden sich nicht grundsätzlich. Auch jetzt ist — regierungsseitig — „die Konfliktverleugnung unverkennbar“, der Reformwiderstand von gesellschaftlichen Machtgruppen wird heruntergespielt, „wird entpolitisiert zur unabwendbaren ‚Tatsache‘ überhöht“ (S. 293). Gleichzeitig werden von der Bundesregierung die Absichten und Bedingungen der Reform „ausgesprochen verharmlosend“ dargestellt. „Fast ausnahmslos erscheint die Berufsbildungsreform in den Reden ihrer Akteure als ein Vorhaben, das niemandem wehtun soll“ (S. 295). Der reformstrategische Sinn der Initiativen wird der Bevölkerung gegenüber nicht klarzustellen versucht. Die „selektive Blindheit“ dieser Politik „verschweigt programmatisch die strukturellen Hindernisse“ der Berufsbildungsreform. So hat die Regierung auch der Öffentlichkeit nie erklärt, welche Konflikte und Widerstände in der Koalition bzw. bei den Unternehmensverbänden dazu geführt haben, daß die „Markierungspunkte“ vom November 1973 seit April 1974 praktisch zurückgezogen wurden, und warum das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft so macht, „als habe es die Markierungspunkte nie gegeben“.

Die Rolle der Gewerkschaften bei der Berufsbildungsreform wird von C. Offe in die Analyse mit einbezogen. Er zeigt auf, daß sie von der Regierungspolitik her im „paradoxen Sinne mobilisiert“ werden, „als Beifall spendende Basis, nicht als handelnde“ (S. 219). Verbunden mit einer personalpolitischen Rekrutierungsstrategie — „mit der Arbeit am Referentenentwurf sind zudem verschiedene Ministerialbeamte befaßt, die auf dem gleichen Sachgebiet zuvor beim Vorstand einer Industriegewerkschaft tätig waren“ (S. 192) — soll verhindert werden, „daß das spezifische Handlungs- und Konfliktpotential der organisierten Arbeiterschaft sich entfalten kann“ (S. 301). C. Offe sieht hier die Gefahr der „Entpolitisierung“ der Gewerkschaften, weil sie „nämlich auf das tatenlose Vertrauen in die Erfüllung ihrer Forderung durch Regierungspolitik eingeschworen“ werden sollen, wobei das „Handlungspotential der Wirtschaftsverbände“ keineswegs stillgelegt wird.

Es kann hervorgehoben werden, daß diese Fallstudie eine Fülle von Fakten, Materialien und Kriterien zur Beurteilung der Reformpolitik, speziell der Berufsbildungsreform bringt, die von den Reformbefürwortern gründlich durchdacht und zur Überprüfung ihrer Strategien herangezogen werden sollten.

Mit dem rororo-Taschenbuch zur Berufsausbildung und Reformpolitik wird ein materialreicher Reader zur Diskussion um die Berufsbildungsreform vorgelegt. Aufgrund der kritischen Analysen bisheriger Reformpolitik wird ein Alternativprogramm verbunden mit einem demokratischen Selbstverwaltungsmodell vorgestellt. Der Band ist formal in drei Abschnitte gegliedert: A: Geschichtliche und gesellschaftliche Bedingungen beruflicher Bildung in der BRD; B: Forderungen an eine Reform der Berufsausbildung und C: Zur Strategie der Durchsetzung der Reformen.

Die Autoren untersuchen, „ob die von der Bundesregierung geplante Reform überhaupt die von den Unternehmern propagierte Auswirkung hat und wo der falsche Ansatz dieser geplanten Reform ist“ (S. 7). Es wird sich aber nicht auf eine Erklärung und Analyse des gegenwärtigen Systems beruflicher Bildung beschränkt. Forderungen und Vorschläge zur Finanzierung und Selbstverwaltung der Berufsausbildung werden vorgelegt, wobei keine gemeinsame inhaltlich-politische Durchsetzungsstrategie zu erkennen ist.

In der öffentlichen Diskussion um die Berufsbildungsreform wurde bisher die gut fundierte Untersuchung zum „Zusammenhang von Finanzierung und sachlicher Steuerung der Aus- und Weiterbildung“ wenig beachtet. Dieses Forschungsprojekt wurde von der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel initiiert. Es wird die Struktur des

Weiterbildungsangebots und der Teilnehmer an der Weiterbildung untersucht und als ein „Ergebnis des Einsatzes monetärer und/oder nicht-monetärer Steuerungsmechanismen“ verstanden. Es wird u. a. herausgearbeitet, daß „die materiellen Konditionen der Teilnahme, insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts und die Aufbringung eventueller Kursgebühren“ nicht unbedeutend für die Motivation zur Teilnahme an Weiterbildungsangeboten sind. Der weitverbreiteten These, Teilnehmer würden mit einer höheren Kursgebühr auch eine höhere Wertschätzung des angebotenen Stoffes verbinden, wird widersprochen. Die relativ geringe Beteiligung an Veranstaltungen der politischen Bildung, die oft gebührenfrei sind, würde sehr wahrscheinlich bei höheren Gebühren nicht steigen „angesichts der Tatsache, daß politische Bildung bisher überwiegend ohne Bezug zu den konkreten Problemen der Teilnehmer vermittelt . . . wird“ (S. 104).

Die Forschungsgruppe plädiert für eine „gerechtere“ Lastenverteilung, da „die abhängig Erwerbstätigen, insbesondere die, die nicht im Beamtenverhältnis stehen, überproportional zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Finanzierung von Aus- und Weiterbildung belastet“ (S. 104) sind. Deshalb werden „die vorliegenden theoretischen Finanzierungsmodelle anhand (ausgewählter) Kriterien evaluiert“ (S. 111). Es wird ein Modell zur Struktur und Finanzierung der außerschulischen Aus- und Weiterbildung vorgeschlagen. Die Mittelaufbringung soll danach durch „eine ertragsbezogene Abgabe“ der Unternehmen ermöglicht werden. „Eine Abgabe auf der Basis der gezahlten Löhne und Gehälter (Lohnsumme)“ wird nicht befürwortet, weil so „die Substitution von Arbeit durch Kapital“ begünstigt würde (S. 149). Durch dieses Modell einer „parafiskalischen Finanzierung“ soll die öffentliche Verantwortung auch in diesem Bildungsbereich realisiert und „prinzipiell die gesamte außerschulische Ausbildung und Weiterbildung“ finanziert werden, „soweit sie den zu entwickelnden Standards entspricht“ (S. 152). Die großen Sachkenntnisse der Autoren tragen dazu bei, daß diese Studie zu einem „Schlüsselbuch“ des Finanzierungsproblems werden kann.

In den Bänden von *Pulte/Verbrücken* und Winterhager werden Stellungnahmen und Programme zur Berufsbildungsreform veröffentlicht. Sie geben die Pläne und Absichten der Bundesregierung, Parteien und Gewerkschaften wieder. Aus der reichhaltigen Fülle des Materials wurden die prägnantesten Dokumente ausgewählt und zu wertvollen Arbeits- und Informationsunterlagen zusammengestellt. In dem Taschenbuch von Winterhager fehlt leider die DGB-Stellungnahme zu den „Markierungspunkten zur beruflichen Bildung“. Die Heggen-Dokumentation erscheint dadurch informativer. Das von *Klaus Müller* bearbeitete Buch enthält eine überarbeitete und aktualisierte Textausgabe des Berufsbildungsgesetzes. Neben dem sehr knapp erläuterten Gesetzestext sind landesrechtliche Ausführungsbestimmungen abgedruckt.

### 3. Empirische Untersuchungen<sup>3</sup>

Die Ergebnisse der beiden vorliegenden Studien zu ausgewählten Problemen beruflicher Bildung stützen sich auf eine mehrstufige Untersuchung, die die Verfasser in Zusam-

3 Wolfgang Lempert / Wilke Thomssen, Berufliche Erfahrungen und 'gesellschaftliches Bewußtsein. Untersuchungen über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmale ehemaliger Industriehilfearbeiter Bd. I. Eine Veröffentlichung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974, 521 Seiten, kart. DM 22,50. Detlef Oesterreich, Autoritarismus und Autonomie. Untersuchung über berufliche Werdegänge . . . , Bd. II, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974, 248 Seiten, kart. DM 18,—.

Elfriede Höhn (Hrsg.), Ungelernte in der Bundesrepublik — Soziale Situation, Begabungsstruktur und Bildungsmotivation. Bd. 13 der Schriftenreihe der Georg-Michael-Pfaff-Gedächtnisstiftung, Kaiserslautern 1974, 404 Seiten, DM 19,50.

Gerlinde Seidenspinner, Lehrlinge im Konfliktfeld Betrieb, Juventa Verlag, München 1974, 152 Seiten, DM 15,—.

menarbeit mit mehreren Soziologen und Psychologen in den Jahren 1969/1970 durchgeführt haben. Hauptthemen der Untersuchung waren die beruflichen Werdegänge, sozialen Einstellungen und Sozialisationsbedingungen von ca. 300 ehemaligen Maschinenschlosserlehrlingen der Berliner Metallindustrie. Sie alle hatten 1959 die Lehre abgeschlossen und zum Zeitpunkt der Befragung eine zehnjährige Berufserfahrung hinter sich.

Im ersten Band der Studie wird u. a. herausgearbeitet, daß mehr als zwei Fünftel der Befragten nicht mehr auf dem Facharbeiterniveau, sondern auf der Stufe des technischen Angestellten arbeiteten. Dieser individuelle soziale und berufliche Aufstieg ist allerdings für die Mehrzahl der Betroffenen als eine normale „Berufskarriere“ anzusehen, da sie bereits aus der sozialen Mittelschicht stammten. Bei nur wenigen Befragten handelte es sich um einen intergenerationellen sozialen Aufstieg aus der Arbeiterschicht in die Mittelschicht. Häufig erreichten sie auch nur die unterste Stufe der Hierarchie der technischen Angestellten. Interessant ist, daß die ihnen zugewiesenen Aufgaben prinzipiell auch von Facharbeitern erfüllt werden könnten.

Die Analyse der Sozialisationsbedingungen zeigt — in Ergänzung und Stützung anderer Untersuchungen —, daß die sozialen Chancen der befragten „Maschinenschlosser“ stark an die soziale Herkunft gebunden waren. Auch die Grundtendenzen der gesellschaftspolitischen Orientierung werden durch frühe schichtspezifische Sozialisationsprozesse beeinflusst. Ein Ausgleich unterschiedlicher Startchancen wird durch Weiterbildungschancen und Wahrnehmung nicht erreicht. Die Konsequenz wäre allerdings nicht die grundsätzliche Diffamierung aufstiegsorientierter Weiterbildung, sondern realistische Information, über die individuellen sozialen Aufstiegs- und Weiterbildungschancen, um keine Illusionen von „Scheinkarrieren“ aufkommen zu lassen.

Die Studie zeigt auch, daß hohe Berufsqualifikationen als unerläßliche Voraussetzung zu kompetenter Beteiligung an betrieblichen Demokratisierungsprozessen erscheinen, den Erfolg betriebsdemokratischer Aktivitäten und deren Beteiligung an ihnen zum Teil begünstigen. Auf die Konsequenzen aus den ermittelten gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen und Einstellungen der \* befragten ehemaligen Maschinenschlosserlehrlinge für die betriebliche Mitbestimmung sowie als Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Bildungsarbeit hat bereits *Wilke Thomssen* in dieser Zeitschrift hingewiesen (GM, H. 11/1974, S. 671—681).

Der zweite Band dieser Untersuchung befaßt sich mit der autoritären Persönlichkeitsstruktur der befragten ehemaligen Industriehrlinge. Die Persönlichkeitsstruktur wird im Verhältnis zu beruflichen Karrieren, sozialen und politischen Einstellungen sowie den Sozialisationsbedingungen im Elternhaus behandelt. Auf dem Hintergrund der im Band I überprüften Fragestellungen nach den Bedingungen beruflichen, sozialen und politischen Verhaltens in der Arbeitswelt werden Indikatoren für gesellschaftliches Bewußtsein und sozialschichtspezifischen autoritären Verhaltens entwickelt und überprüft. Es zeigt sich, daß „Autoritarismus“ eine „Folge von Angst und Orientierungsunsicherheit“, von Anpassung an „Vorgegebenes als unumstößlichen beziehungsweise nicht erklärbaren Sachzwang“ ist (S. 104). Autoritarismus wird als Bestimmungsfaktor „für unkritisches Verhaftetsein in und emotionale Orientierung an dem Bestehenden angesehen“ (S. 178). Durch diese Untersuchung wird — „auch mit Hilfe des Zahlenmaterials“ — bestätigt, „daß kritisches Bewußtsein als Ausdruck gesellschaftlicher Erkenntnis unter den gesellschaftlichen Bedingungen an die Voraussetzung der Fähigkeit zu kritisch reflexiver Distanz zu den im Sozialisationsprozeß vermittelten Normen, Werten und allgemeinen Orientierungssystemen gebunden ist“ (S. 143).

Als komplex erwiesen sich die Beziehungen zwischen gesellschaftlichem Bewußtsein und Autoritarismus, da sie abhängig sind sowohl von der Schichtzugehörigkeit als auch

von der Tradition gesellschaftlicher Deutungsmuster und der Einschätzung herrschaftsstabilisierender Mechanismen. Deutlich wird, daß in der Gruppe der technischen Angestellten gesellschaftskritisches Bewußtsein allgemein als sozial unerwünscht angesehen wird, während Facharbeiter spezifische Kritik an betrieblichen Verhältnissen „neutral bis tendenziell positiv“ bewerten. Die Kritik von autoritären Facharbeitern wird nicht als Ausdruck eines heruntergekommenen „proletarischen Klassenbewußtseins“ diagnostiziert (S. 219). Die Hypothese, „Autoritäre seien besonders aufstiegsorientiert, Nichtautoritäre dagegen eher politisch solidarisch“ (S. 218) erwies sich als zu einfach und mußte im Verlauf der Untersuchung differenzierteren Analysen Platz machen. Die Gesamtuntersuchung kann als produktiver Beitrag zur Bildungs- und interdisziplinären Forschung angesehen werden. Empirische Untersuchungen über die soziale Lage, Begabungsstruktur und Bildungsmotivation der Ungelernten in der Bundesrepublik liegen bisher kaum vor oder sind nicht repräsentativ für diesen Personenkreis. Um so hoffnungsvoller nimmt man die Arbeitsergebnisse einer Forschungsgruppe der Universität Mannheim zur Hand. Unter der Leitung von E. Höhn ist dieses Forschungsprojekt durchgeführt worden mit dem Ziel, „nicht nur ein realistisches Bild der Situation dieser unbeachteten Minorität (zu) vermitteln, sondern auch konkrete Hinweise zur Verbesserung ihrer Lage zu geben“ (S. 9). Die Untersuchungsergebnisse sollen „Informationen als Grundlage für Weiterbildungsmaßnahmen“ (S. 335) und „für in einem Zweiten Schritt auszuarbeitende konkrete Bildungsmaßnahmen“ (S. 7) liefern. Dieser hohe Anspruch und diese weitgesteckte Zielsetzung wird aber nicht in jedem Fall eingelöst beziehungsweise erreicht. Schon die Stichproben nach dem Quotenauswahlverfahren geben zu denken, insbesondere weil damit eine Repräsentativität gegeben werden soll. Es ist sehr fraglich, ob „auf Grund der Untersuchung einer Stichprobe von 1000 Personen über *alle* Ungelernten dieser Altersgruppe Aussagen gemacht werden können . . . Die Verallgemeinbarkeit der Aussagen . . .“ (S. 98) ist schon wegen der vom Forschungsteam selbst aufgezeigten großen „*Verschiedenheit* der Ungelernten, der oft recht große Anteil derjenigen, die vom Erwarteten und ‚Typischen‘ abweichen“, (S. 338) nicht möglich. Auch der Berufsbegriff — für die Ungelernten! — und die „analytische Arbeitsbewertung der Metallindustrie Rheinland-Pfalz“ (S. 189), um die Situation der Ungelernten am Arbeitsplatz zu beschreiben, werden sehr unkritisch verwendet. Trotz dieser Mängel ist die Untersuchung nicht unbedeutend. Eine Fülle von Daten und Fakten geben auf die Reformnotwendigkeit in diesem Bereich nützliche Hinweise. Aber nur das Beklagen der Bildungsmisere, der negativen Schulerfahrungen der Ungelernten und des Vorhandenseins von rund eine Million ungelerner Jugendlicher im Alter von 16 bis 25 Jahren (S. 335) ändert noch nichts, mindestens die Ursachen dieser Erscheinung hätten mit analysiert werden müssen. Diese Analyse fehlt. Der historische Abriss „zur Sozialgeschichte des ungelerten Arbeiters“ (S. 23 ff.), kann allerdings den Eindruck erwecken, die Erscheinung des „Ungelernten“ sei so selbstverständlich, wie die menschliche Arbeit überhaupt. Damit Reformen und Betroffene nicht „verzweifeln“, hat die Forschungsgruppe diesen „Trost“ bereit, nämlich ungelernete Arbeiter „verdienen manchmal, zumal wenn sie im Akkord arbeiten oder Überstunden machen, mehr als Fachkräfte . . . und (sind) durch den sozialen Wohnungsbau auch in den meisten Fällen besser untergebracht“ als die Proletarier früherer Zeiten (S. 38 f.).

Im Rahmen eines umfangreichen jugend-soziologischen Forschungsprojektes des Deutschen Jugendinstituts in München ist die Untersuchung von G. *Seidenspinner* über die Problemlage der Lehrlinge erstellt worden. Als „Intensivstudie“ an begrenzten „Fällen“ werden die möglichen Veränderungsprozesse in Sozialisationsinstitutionen, hier des Betriebes, zum zentralen Untersuchungsproblem gemacht (S. 12). Es wurde untersucht, wie gewerbliche Lehrlinge ihre Ausbildungssituation erfahren und einschätzen. So wird das Meinungsbild der Lehrlinge durch eine „Ideologie“ der Ausbildungszeit als Durchgangsstation bestimmt. „Sie besteht in dem Glauben, daß nach Beendigung der Lehre . . .

„alles anders und besser“ würde“ (S. 41). Die Verfestigung dieser „Ideologie“ wird begünstigt durch die geringe „Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge und — da sie es nicht gelernt haben — durch die gering ausgeprägte Fähigkeit, eigene Interessen zu artikulieren“ (S. 130). Die Auszubildenden sind oft ungeübt „im Durchschauen größerer Zusammenhänge“ (S. 41) und begreifen daher die mit ihrer Ausbildungssituation zusammenhängenden Probleme und Schwierigkeiten vielfach nicht als kollektives, sondern als persönliches, individuelles Schicksal. Die Konsequenzen aus diesen Untersuchungsergebnissen wären zum Beispiel für die politische Bildungsarbeit, „ganz konkrete, am unmittelbar erfahrbaren Konfliktbereich des Betriebes ansetzende Handlungs- und Problemlösungsstrategien zu entwickeln und zu fördern“ (S. 132).

#### 4. Weiterbildung und Vergesellschaftung der beruflichen Bildung<sup>4</sup>

Der „Strukturplan für das Bildungswesen“, der 1970 vom Bildungsrat vorgelegt wurde, hat Weiterbildung als ein „orientierendes Prinzip“ herausgestellt und „als Fortsetzung oder Wiederaufnahme früheren organisierten Lernens“ (Ziff. 2.1.) charakterisiert. Gleichzeitig forderte er, Weiterbildung zum Bestandteil des Gesamtbildungssystems zu machen. Dieser im Strukturplan allgemein abgesteckte Rahmen sollte durch spätere Empfehlungen konkretisiert werden. Es folgten aber nur einige Gutachten bzw. Studien zu diesem Problembereich, weil sich im Bildungsrat — wahrscheinlich — tragfähige Mehrheiten für verbindlichere Empfehlungen nicht finden ließen. Im Gegensatz zu anderen Veröffentlichungen wird den Aufsätzen im Band „Umriss und Perspektiven der Weiterbildung“ von der Bildungskommission auch noch nicht die „Qualität“ von Gutachten zugesprochen. Der Vorsitzende der Bildungskommission weist in seinem Vorwort, ganz im Gegensatz zu vielen anderen Veröffentlichungen, ausdrücklich darauf hin, daß „für die einzelnen Beiträge die jeweiligen Autoren verantwortlich“ sind. In der Tat mag auch eine solche vorsichtige Distanzierung begründet sein. Denn ein „stringentes und sich für die Realisierung anbietendes Weiterbildungskonzept“ (S. 27) wird nicht vorgelegt. Die fünf Beiträge in diesem Band sind als Perspektiven, Denkexperimente und Anregungen für die notwendige Erarbeitung eines umfassenden Weiterbildungssystems zu verstehen. Der Beitrag von *H. Tietgens* über „Orientierungsgesichtspunkte zur Weiterbildungsdiskussion“ ist im wesentlichen eine „Skizzierung des Diskussionsstandes“, aus dem mehrfach zu entnehmen ist, daß für die Weiterbildung „neue Ansätze erwünscht“ sind. Sie werden dann auch in dem von *H. Tietgens*, *H. Boulboulle* und *M. Simon* vorgestelltem „Baukasten-System für die Weiterbildung“ sichtbar. Es wird die Notwendigkeit der Standardisierung bestimmter Lernbereiche der Weiterbildung betont, die eine Vereinheitlichung der Curricula zur Folge haben muß. „Eine solche Vereinheitlichung kann logischerweise nur auf gesamtstaatlicher Ebene entwickelt und durch die Länder realisiert werden“ (S. 103). Planungsgremien, mit weitgehenden Befugnissen für „die Curriculum-Entwicklung bis hin zur Aufgliederung der Bausteine, der Setzung des Leistungsstandards und der Kriterien der Leistungskontrolle“, sind zu errichten. Offen bleibt allerdings, nach welchen Kriterien diese Gremien „plural“ zusammengesetzt werden und welches Gesellschafts- und Wissenschaftsverständnis hier dominant sein wird. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, daß „Curricula im Interesse der Lernenden“ am Interesse der ökonomisch herrschenden Verhältnisse ausgerichtet werden.

---

<sup>4</sup> Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 46, Umriss und Perspektiven der Weiterbildung, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975, 180 Seiten, DM 18,50.

Ettlinger Kreis, Weiterbildung zwischen betrieblichem Interesse und gesellschaftlicher Verantwortung, Westermann Verlag, Braunschweig 1974, 152 Seiten, DM 16,—.

Autorenkollektiv, Der Vergesellschaftungsprozeß der beruflichen Bildung, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung (VSA), West-Berlin 1974, 176 Seiten, DM 8,80.

E. Schmitz problematisiert das funktionale Konzept für das Lernen Erwachsener im Modell der „recurrent education“, wie es vom „Centre for Educational Research and Innovation“ (CERI) der OECD präzisiert worden ist. Dieser „stärker gesellschaftspolitisch begründete Organisationsentwurf . . . versucht, das Prinzip des lebenslangen Lernens in eine langfristige Bildungsplanungsstrategie umzuformulieren, die als eine ‚Politik‘ nicht mehr allein eine Qualifizierung von Arbeitsvermögen und den Abbau von Chancengleichheit im Bildungssystem zum Ziel hat“ (S. 54). Es sollen vielmehr auch die Konflikte im Verhältnis zwischen Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem im Rahmen einer umfassenden staatlichen Strukturpolitik bewältigt werden. Eine stärker individuelle Qualifizierung von Teilnehmern ist damit verbunden und unterscheidet sich daher von den Bildungsprozessen, die von Organisationen getragen werden und stärker auf die Herstellung von zum Beispiel Kommunikations- und gesellschaftspolitischer Handlungsfähigkeit gerichtet ist. Die politische Bildungsarbeit zum Beispiel der Gewerkschaften ausschließlich als Schulungskurse oder Mitgliederschulung zu klassifizieren, weil sie den „Integrationsbedürfnissen von Großorganisationen“ entsprechen, kann nicht zugestimmt werden. Hier zeigt sich, daß Weiterbildungsprozesse, die nach dem Konzept der recurrent education in enger Verbindung mit Berufsqualifikation gesehen und mit Phasen der Erwerbstätigkeit verbunden werden, einen zu eingeeengten Begriff von Weiterbildung haben und keine Alternative zur Weiterbildungspraxis, die politisch-kulturelle Sozialisation zum Ziel hat, sein kann.

Zur Finanzierung der Weiterbildung in der BRD wird von / *Kunze* ein deskriptiver Überblick gegeben, der gleichzeitig eine kritische Rezeption aktueller Reformvorschläge vornimmt. Danach werden durch die gegenwärtige Finanzierungspraxis „tendenziell nur die Bevölkerungsgruppen erreicht, die einen hinreichenden Grad an Identifizierung mit einer“ Institution der Erwachsenenbildung haben (S. 174). Die finanzielle Förderung der Weiterbildung durch die öffentlichen Hände ist institutionen- und nicht teilnehmerorientiert und hat die private Steuerung des Weiterbildungsangebotes begünstigt. Diese Finanzierungspraxis ist für eine Weiterbildung, deren Zielsetzung mit der „Kategorie individueller und gesellschaftlicher Emanzipation umschrieben wird“ ineffizient. In Anlehnung an das weiter oben angeführte Konzept zur „Struktur und Finanzierung der Aus-, und Weiterbildung“ von *U. Boehm* u. a. wird ein Fondskonzept, dessen Finanzierungsquelle eine ertragsorientierte Abgabe der Unternehmen und die bisherigen öffentlichen Mittel der Erwachsenenbildungsgesetze und des Arbeitsförderungsgesetzes sind, befürwortet.

Der „Ettlinger Kreis“, benannt nach seinem Tagungsort Ettlingen, ist eine Vereinigung von Industriellen und Kapitalvertretern aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen der BRD. Es werden in seiner Weiterbildungsveröffentlichung Referate und Kurzfassungen der Diskussionen von drei „Ettlinger Gesprächen“ 1972/73 zum Problembereich Weiterbildung vorgelegt. Wissenschaftler und Unternehmensvertreter versuchen eine Verständigung über die Notwendigkeit, Funktion und Praxis der Weiterbildung zu erzielen. Aufgrund des unterschiedlichen Verständnisses von Wissenschaft und Gesellschaft werden Argumente ausgetauscht sowie soziale Fakten dokumentiert.

Das Autorenkollektiv, das im Rahmen einer Kommission „Sozialisation“ am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin zusammengearbeitet hat, analysiert anhand umfangreichen Materials spezifische Probleme des dualen Systems der beruflichen Bildung. Die Veränderungen im Sektor Bildung werden in Abhängigkeit von den Bewegungen des Produktionsprozesses gesehen. Die historische Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland seit der Auflösung des Zunftwesens wird im Zusammenhang mit den Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses dargestellt. Abschließend wird auf die Integration der beruflichen Bildung in das allgemeine Schulwesen der DDR eingegangen.

## 5. Ausbildung der Ausbilder; Fernunterricht; internationaler Vergleich<sup>5</sup>

Im Auftrage des BBF hat *J. Peege*, Inhaber eines Lehrstuhls für Pädagogik, insbesondere Wirtschaftspädagogik, „im Rahmen einer Problemanalyse eine Bestandsaufnahme der Vorstellungen und Konzeptionen über die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse der Ausbilder für den kaufmännischen Bereich“ erstellt. Es werden unkritisch Ergebnisse der ersten Teiluntersuchung vorgelegt. Sie basieren sehr einseitig auf Befragungen von Ausbildern, Industrie- und Handelskammern und kapitalorientierten Wirtschaftsverbänden. Betriebsräte, Betriebsjugendvertretungen oder Gewerkschaften wurden bei der Erhebung nicht berücksichtigt. In die Materialsammlung werden ausführlich Unterlagen und Positionen von Unternehmen und ihren Interessenvertretungen einbezogen, gewerkschaftliche Positionen werden verschämt in einigen wenigen Fußnoten festgehalten. Diese Verfahrensweise dokumentiert auch das am privaten Kapitalinteresse ausgerichtete Wissenschafts- und Gesellschaftsinteresse des Autors.

*H. G. Haagmann* hat ein sehr nützliches „Handbuch“ zum Fernunterricht in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Möglichkeiten, Merkmale und Probleme dieses „Unterrichts aus der Ferne“ werden übersichtlich skizziert. Der Umfang und die Höhe möglicher finanzieller Förderung sowie die formalen und persönlichen Voraussetzungen zu wichtigen Prüfungen werden kurz erläutert. 45 Fernkurse mit „staatlichem Gütesiegel“ werden entsprechend ihres Bildungs- oder Berufszieles ausführlich beschrieben und geben so einen Einblick in den Lehrstoff und die Kursdauer. Die katalogartige Beschreibung von 50 Fernschulen und ein Gesamtverzeichnis mit den fast 200 Fernschulen rundet dieses kleine „Nachschlagewerk“ ab. Dabei fehlen Informationen über Licht- und Schattenseiten des Fernstudiums nicht, das oft durch unseriöse Geschäftspraktiken und nicht so sehr durch- Qualität geprägt wurde.

In den beiden Broschüren zum internationalen Vergleich der beruflichen Bildung werden die Berufsbildungssysteme in verschiedenen Industriegesellschaften mit unterschiedlich politisch-ökonomischen Verfassungen kurz vorgestellt. Die Grundzüge und die Strukturelemente des beruflichen Bildungswesens werden behandelt und können für die aktuelle Reformdiskussion Kurzinformationen und befruchtende Anregung geben.

*Dieter Görs, WSI*

---

<sup>5</sup> Joachim Peege, Vorstellungen und Konzeptionen über die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse der Ausbilder in kaufmännischen Betrieben. Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 5, hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (BBF), Gebrüder Jänecke Verlag, Hannover 1973, 222 Seiten, DM 22,—.

Hans Günter Haagmann, Bildungschance Fernunterricht, rororo handbuch Nr. 6182, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1974, 198 Seiten, DM 4,80.

Helmut Stein, Berufsbildung im internationalen Vergleich, aspekte verlag, Frankfurt a. M. 1973, 96 Seiten, DM 6,80.

Materialien zur Bildungsplanung. Bildungswesen im Vergleich. Bd. 5, Darstellung des beruflichen Bildungswesens in ausgewählten Ländern. WEMA-Dokumentation, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 53 Bonn 12, Postfach 120 124, 120 Seiten, kostenlos.